

Präsident Dieckmann:

Die Haushaltsrechnung der Deutschen Demokratischen Republik für das 1949 hat dem Haushalts- und Finanzausschuß zur Prüfung vorgelegen. Als Berichtstatter des Ausschusses erteile ich dem Herrn Abgeordneten Lohagen das Wort.

Abg. Lohagen (SED), Berichtstatter:

Meine Damen und Herren! Der Haushaltsausschuß hat in seiner gestrigen Sitzung zu der Haushaltsrechnung des Jahres 1949 Stellung genommen. Die Haushaltsrechnung, und zwar der Republik, der Länder und der Kreise, liegt Ihnen nunmehr unter der Drucksache Nr. 105 gedruckt vor. Die Haushaltskontrolle hat die Übereinstimmung der Ergebnisse der Haushaltsrechnung 1949 mit dem Buchabschluß bestätigt und als richtig festgestellt. Die dem Abschluß zu GTunde liegenden Belege sind stichprobenweise geprüft worden. Die Übereinstimmung der Angaben der Rechnung mit den Abschlußergebnissen der Ministerien sowie die Übereinstimmung mit dem Abschluß der damaligen Zentralfinanzkasse ist ebenfalls festgestellt und bescheinigt worden.

Der Haushaltsplan, der seinerzeit durch die Vollversammlung der Deutschen Wirtschaftskommission am 12. Mai 1949 festgestellt wurde, schließt, wie Sie aus dem Munde des Herrn Ministers hörten, in Einnahmen und Ausgaben mit 11,9 Milliarden ab. Wie der Herr Minister darlegte, wurde der Einnahmeplan mit 11,9 Milliarden erfüllt. Diese erfreuliche Tatsache zeigt uns, daß der Plan mit 100% erfüllt worden ist. Wenn man dabei bedenkt, daß in dieser Zeit schon wesentliche Preissenkungen in der HO usw. durchgeführt wurden, so können wir das mit Recht als einen guten Erfolg verbuchen.

In meinem Bericht zur Haushaltsberatung für das Jahr 1950 machte ich unter anderem darauf aufmerksam, daß die Länder ernster und gründlicher die Ausgabenseiten ansetzen möchten. Wenn Sie sich der Mühe unterziehen, die Rechnungslegung für das Jahr 1949 zu überprüfen, so werden Sie feststellen, daß die Minderausgaben vorwiegend auf die Länder entfallen. Warum ist das so? Es ist die einfache Tatsache, daß die Ausgaben einfach nicht geleistet werden konnten, weil man sie zu hoch veranschlagt hatte.

Bei der Erfüllung der Einnahmenseite ist noch folgendes bemerkenswert. Wir haben auf der einen Seite auf verschiedenen Gebieten die Tatsache zu verzeichnen, daß der Finanzplan nicht erfüllt wurde. Die volkseigenen Betriebe aber haben ihren Gewinnplan mit rund 50 Millionen DM übererfüllt.

(Hört, hört!)

Entsprechend ist auch ihr Plan bei den Körperschaftssteuern mit rund 90 Millionen DM übererfüllt worden. Also die volkseigene Wirtschaft hat auch von der Finanzseite her ihren Plan übererfüllt! Das ist, glaube ich, für uns alle eine erfreuliche Feststellung.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Wir haben auf der einen Seite Mindereinnahmen, aber auch auf der anderen Seite Mehreinnahmen, und hier ist es, wie der Herr Minister bereits betonte, der besondere Anteil unserer volkseigenen Wirtschaft.

Da die Einnahmen mit 100% erfüllt wurden, hätten nun auch die Ausgabepositionen mit 100% erfüllt werden können, d. h. der Überschuß hätte in Höhe von einer Milliarde DM da sein müssen. Im Interesse unseres friedlichen Aufbaues aus eigener Kraft, ohne Verschuldung an das ausländische Monopolkapital, sind aber überplanmäßige Ausgaben zur Weiterentwicklung unserer volkseigenen Friedenswirtschaft geleistet worden, die es uns ermöglichten, weiterhin die Lebensgrundlagen unserer Bevölkerung zu verbessern. Unter diese

Mehrausgaben fallen zum Beispiel auch die Zuschüsse für die Maschinenausleihstationen und für die allgemeine Förderung der Landwirtschaft, Mehrausgaben, die im besonderen unseren werktätigen Bauern zugute kamen. Und nicht zu vergessen ist, daß die Mehrausgaben bei der Volksbildung in der Höhe von 17,5 Millionen DM vorwiegend für die Durchführung der Kulturverordnung, insbesondere aber auch zur Förderung der Wissenschaft und unserer technischen Intelligenz verwendet wurden.

Wenn der Herr Minister in seinem Bericht feststellte, daß die Besatzungsmacht ihre Besatzungskosten nicht in voller Höhe in Anspruch genommen hat, sondern auf den Betrag von 215 Millionen DM verzichtete, so glaube ich, in Ihrer aller Namen zu sprechen, wenn ich hier sage, daß wir auch von dieser Stelle aus der Sozialistischen Sowjetunion dafür herzlichst danken.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Von dieser Stelle aus möchte ich aber noch einmal auf das Haushaltsgesetz hinweisen, das wir in diesem Jahre bei der Verabschiedung des Haushaltplans in diesem Hohen Haus angenommen haben. Ich meine insbesondere die Senkung der Verwaltungskosten um 10% gegenüber dem Soll-Ansatz. Die 10% gegenüber dem Soll-Ansatz sind zwar, wie der Herr Minister bereits betonte, erreicht worden; aber wir dürfen uns nichts vormachen. Wenn wir von einer Senkung der Verwaltungskosten um 10% gegenüber dem Soll gesprochen haben, so ist das eine ganz einfache Rechnung. Es kommt aber darauf an, was für ein Soll man gesetzt hat. Es muß ganz offen gesagt werden, und ich glaube, auch der Herr Finanzminister hat es bereits betont: Es fällt den Verwaltungen viel leichter, diese Forderung zu erfüllen, als den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft hinsichtlich der Selbstkostensenkung. Wir haben wohl eine Senkung der Verwaltungskosten gegenüber dem Soll in Höhe von 10% zu verzeichnen; aber die Ist-Ausgaben gegenüber dem Vorjahr sind auch etwa 10% höher. Sie sind von Jahr zu Jahr gestiegen. Ich bin der Auffassung, wir können nicht vergleichen, wenn wir von einer Einsparung nach dem Ist und Soll sprechen, sondern wir müssen die Ist-Ausgaben der vergangenen Jahre gegenüberstellen. Das ist eine sehr ernste Erscheinung. Man senkt immer die neuen Verwaltungskosten; man vergißt aber, die anderen, die sich dadurch erledigen, zu liquidieren. Wir haben doch für viele Gegenstände des täglichen Bedarfs die Bewirtschaftung aufgehoben; aber die Verwaltungstellen dafür existieren meist lustig weiter. Es ist also eine ernste Erscheinung, daß die Ist-Ausgaben immer noch im Steigen sind.

Interessant ist dabei, festzustellen, wo ein tatsächlicher, realer Rückgang der Verwaltungskosten zu verzeichnen ist. Je kleiner die Verwaltung ist, je weiter wir nach unten gehen und je offensichtlicher die Kontrolle und das demokratische Mitbestimmungsrecht der Bevölkerung sind, desto besser wird es und um so sparsamer wirtschaftet man. Also an den Gemeinden haben wir bereits eine reale Verwaltungskostensenkung zu verzeichnen. Dann folgt die Kreisebene. Bei den Ländern ist es schon problematischer, gar nicht zu reden vom oberen Verwaltungsapparat. Ganz unten ist die Verwaltung am billigsten, weil sie der Kontrolle der Bevölkerung am nächsten ist.

über die Haushaltsdisziplin gäbe es ernsthaft auch von dieser Stelle noch sehr viel zu sagen. In vielen Verwaltungsstellen hat sich der Grundsatz einer strengen Finanzdisziplin noch nicht durchgesetzt. Es gibt immer noch Verwaltungen, die mit öffentlichen Mitteln des Volkes nicht so sparsam umgehen, wie es unbedingt erforderlich ist.